Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 39 **München, 25. September 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Sept.	Tischri	Bemerkungen
Sonntag	27	16	Laubhüttenfest סכות יום ב׳
Montag	28	17	חול המועד
Dienstag	29	18	חול המועד
Mittwoch	30	19	חול המועד
	Oktober		
Donnerst.	1	20	חול המועד
Freitag	2	21	הושענא רבא
Samstag	3	22	Schlußfest שמיני עצרת קהלת

Zionistische Ortsgruppe München

Dienstag, 29. September, abends 8½ Uhr, spricht im Kunstgewerbesaal, Pfandhausstraße 7

Herr Ministerialrat **Hans Goslar** über

„Das deutsche Judentum in der politischen und wirtschaftlichen Krise."

Eintritt 50 Pfg. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Das Jüdische Echo

Nummer 39 | 25. September 1931 | 18. Jahrgang

Sträfliche Säumnis

Das „Kölner Jüdische Wochenblatt" veröffentlicht über den Berliner Pogrom einen Artikel von parlamentarischer Seite, der die Vorgänge mit besonderer Sachkenntnis würdigt, und dessen Vorwürfe uns auch jetzt noch stichhaltig zu sein scheinen, nachdem die Preußenregierung ihre Entschlossenheit gezeigt hat, den Karren doch nicht noch weiter in den Dreck laufen zu lassen. Auf alle Fälle wird man die weitere Entwicklung der Angelegenheit noch abwarten müssen. D. Red.

Was sich am Samstagabend der vergangenen Woche am Kurfürstendamm in Berlin abspielte, muß jeden politischen Menschen mit Scham und Ekel erfüllen. Zum ersten Male ist es geschehen, daß organisierte Horden ein ganzes Stadtviertel unter Terror setzten, um gegen jüdische oder jüdisch aussehende Mitbürger mit Gewalt und Hinterlist tätlich zu werden. Zwar ist es schon vielfach zu kleineren Reibereien gekommen, die nicht schärfer zu beurteilen sind als die heute leider alltäglich gewordenen Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern. Der Ausbruch in Berlin muß aber ganz anders eingeschätzt werden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man ihn als ersten Versuch einer Herausforderung der staatlichen Macht betrachtet. Schon einmal hat es anläßlich der Aufführung des Remarque-Films solche Straßenkrawalle gegeben, die zu einer erfolgreichen Machtprobe für die Hitlerscharen sich auswuchsen. Die Bilanz aus den damaligen Vorfällen ist gezogen worden. Sie hat für Deutschland einen Verlust von mehreren Milliarden gebracht.

Völlig ungeklärt ist die Haltung der Polizei gegenüber diesen beschämenden Vorfällen am Kurfürstendamm. Es ist in der Berliner Presse ohne Widerspruch behauptet worden, daß bereits am Mittwoch zuvor den polizeilichen Stellen bekannt gewesen sein muß, daß für den Samstag zumindest Demonstrationen geplant seien. Da augenblicklich in Berlin ein Verbot öffentlicher politischer Demonstrationen besteht, war es Aufgabe der zuständigen Stellen, diesen genauen Angaben nachzugehen; es war weiterhin der Zusammenhang dieser Demonstrationen mit dem jüdischen Neujahrsfest ohne weiteres gegeben. Gleichwohl wird übereinstimmend von der gesamten republikanischen Presse Berlins festgestellt, daß die Polizei zu spät eingegriffen hat; ja, es wird sogar gesagt, daß das Eingreifen selbst von einer kaum glaublichen Gemütlichkeit gewesen ist. Zwei Stunden hat es gedauert, bis die Ruhe wieder hergestellt werden konnte. Daran ist zweierlei zu ersehen. Erstens haben diese Ausschreitungen einen ganz ungewöhnlichen Umfang gehabt, zweitens waren die eingesetzten Polizeikräfte anscheinend völlig unzureichend. Welche dieser beiden Möglichkeiten auch zutrifft, es bleibt eine geradezu sträfliche Säumnis der Behörden festzustellen, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, für die Unversehrtheit jedes friedlichen Bürgers haftet.

Wer die Verhältnisse im Berliner Polizeipräsidium kennt — und der Schreiber dieser Zeilen glaubt sie sehr gut zu kennen —, weiß, daß die leitenden Stellen, also der Polizeipräsident, der Vizepolizeipräsident und der Kommandant der Schutzpolizei nicht in den Verdacht kommen werden, den Rechtsradikalen gegenüber etwa die Zügel zu geben. Von diesen Stellen aus bis zu den ausführenden Polizeioffizieren ist aber ein beträchtlicher Weg, auf dem sehr viel des guten Willens verloren gehen kann. Es bedarf allerdings der eingehenden Untersuchung, wo der Schuldige sitzt, der durch seine Unterlassungen die Dinge derartig weit kommen ließ, wie es geschehen ist. Denn jetzt steht die Polizei vor Schadenersatzansprüchen, die an sie wegen ihrer Lässigkeit gestellt werden. Man kann nicht sagen, daß damit das Vertrauen zu den staatlichen Machtmitteln besonders gefördert wird, wenn es auch noch nicht sicher ist, ob die Gerichte diesen Klagen nachgeben werden. Jedenfalls haben die Vorwürfe gegen die Berliner Polizei eine solche Form, daß die Behörde aus ihrem bisher gewahrten Stillschweigen heraustreten muß. Mit ziemlich großer Sicherheit ist anzunehmen, daß die g a n z e A n g e l e g e n h e i t z u m G e g e n s t a n d e i n e r p a r l a m e n t a r i s c h e n A n f r a g e v o n d e r e i n e n o d e r d e r a n d e r e n p o l i t i s c h e n P a r t e i g e m a c h t w i r d.

Bei dieser Gelegenheit hat es sich wieder einmal gezeigt, welchen Einflüssen die offiziösen Nachrichtenbüros unterworfen sind. Der amtliche Bericht über die beklagenswerten Vorgänge war von einer unglaublichen Dürftigkeit und Sparsamkeit; jede Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in irgendeinem Vorstadtwinkel, die über eine nachbarliche Auseinandersetzung nicht herausgeht, wird als Haupt-Staatsaktion aufgezogen. So kommt es, daß eine unerträgliche Vernebelung der öffentlichen Meinung stattgefunden hat. Daß diese Ereignisse von schlechter Wirkung auf das Ausland sein werden, hätte man sich vor ihrem Eintritt sagen müssen. Wie es immer in solchen Fällen ist, hat die Gesamtheit dann die Folgen zu tragen. Wenig überraschend ist es allerdings, daß selbst die bürgerlichen Zeitungen an der Bagatellisierung dieser pogromartigen Ausschreitungen teilnahmen. Sie laden damit eine Mitschuld auf sich, werden aus diesen Ereignissen sich Weiterungen zeigen. Diese dürften unvermeidbar sein.

Die notwendigen Vorwürfe gegen die amtlichen Stellen sind aber nicht der alleinige Zweck dieser Ausführungen. Selbst wenn die polizeilichen Stellen mit der ganzen Schärfe ihrer Machtmittel durchgreifen, so steht noch lange nicht fest, ob sie von den Gerichten nicht nachträglich desavouiert werden. Wie oft ist schon gerügt worden, daß die Rechtssprechung durch ihre milden Urteile gegen

rechtsradikale Ausschreitungen geradezu den Übermut und die Dreistigkeit der staatsfeindlichen Parteien begünstigten! Wenn sich in dieser den Staat und seine Machtmittel diskreditierenden Methode keine Wandlung schaffen läßt, so wird man sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn die Polizei auch ihrerseits allen Konflikten, die sie ungleich schwerer treffen, aus dem Wege geht.

Es bleibt aus diesen Vorfällen eine nützliche Lehre. Der Aktivismus der Nationalsozialisten hat eine Ablenkung gefunden, die jeden anständigen Menschen auf das Peinlichste berührt. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die längst bewiesene Gesinnungsroheit immer weiter übertrumpft werden wird, wenn nicht die notwendigen Gegenmaßnahmen rechtzeitig ergriffen werden. Es bleibt die große Beschämung, daß in der Reichshauptstadt Zustände eingerissen sind, die für das zaristische Rußland bisher nur zutrafen. Wenn die Wiederholung solcher Ausschreitungen nicht, soweit es menschenmöglich ist, für die Zukunft verhindert werden kann, so muß man dem kommenden Winter mit größter Besorgnis entgegensehen. Denn wir haben schon eingangs unserer Ausführungen betont, daß diese Exzesse nicht so ohnehin erfolgt sind, sondern als erste Machtprobe der Rechtsradikalen betrachtet werden müssen. Die Gefahren, die aus solchen Zuständen entstehen können, sind nicht abzusehen. Sicherlich sind die brutalen Gewaltakte, die am Kurfürstendamm an nichtsahnenden, jüdischen Mitbürgern verübt wurden, ein Fanal, das in republikanischen Kreisen eine weit stärkere Beachtung finden muß, als man ihm bis jetzt schenkte. Das Bedauern über diese Vorfälle, das Abrücken von ihnen, die Verurteilung der rohen Angreifer den jüdischen Mitbürgern auszusprechen, ist Herzenssache jedes anständigen Menschen.

*

Über die Aussagen der Angeklagten und Zeugen, sowie die sonstigen Ergebnisse der im Augenblick noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen vor dem erweiterten Schnellschöffengericht Charlottenburg, berichten wir in der nächsten Nummer.

Ein Erlaß Severings

Berlin, 20. September. (JTA.) Der preußische Minister des Innern, Dr. Carl Severing, hat, offenbar veranlaßt durch die jüngsten Ausschreitungen in Berlin am jüdischen Neujahrsfest, in einem Runderlaß den nachgeordneten Behörden erneut strenges Vorgehen gegen die Hetze der radikalen Grupfen zur Pflicht gemacht. In dem Erlaß heißt es u. a.:

„Neben der täglichen Hetze in Wort und Schrift sind schwere politische Ausschreitungen gegen Andersdenkende und sogar verbrecherische Anschläge verübt worden, die in ihrer politischen Bedeutung höchste Beachtung verdienen. Selbst die friedliche religiöse Betätigung ist durch das unverantwortliche Treiben radikaler Gruppen wiederholt gefährdet und gestört worden. Hierher gehört auch die aufs schärfste zu verurteilende antisemitische Verhetzung, die erst vor einigen Tagen wieder in Berlin zu großen Ausschreitungen geführt hat. Solche Vorgänge sind geeignet, den Frieden im Innern sowie das Ansehen Deutschlands nach außen aufs schwerste zu erschüttern."

Der Minister ersucht daher die Landespolizeibehörden, diesem Treiben mit allen Mitteln tatkräftig entgegenzuwirken. Dabei weist er darauf hin, daß auch die Erweckung und Schürung von Gegensätzen zu antichristlichen oder antisemitischen Zwecken als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzusehen sei. Nach den gleichen Gesichtspunkten seien auch die aufreizenden und beleidigenden Ausrufe der Radikalen auf den Straßen zu behandeln. Es müsse jede Vorsorge getroffen werden, daß die gesetzmäßige religiöse oder weltanschauliche Betätigung jedes Staatsbürgers unbedingt gewährleistet sei. Die Übung religiöser und konfessioneller Überzeugungen im Rahmen der christlichen Kirchen wie der jüdischen Religion, namentlich an den Sonn- und Feiertagen, müsse in jeder möglichen Weise geschützt sein.

*

Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Staatspartei hat gestern in einer Sitzung beschlossen, folgende Anfrage einzubringen: Mißhandlungen friedlicher Bürger und Ruhestörungen, wie sie am Sonnabend, 12. September, in der Gegend des Kurfürstendammes vorgekommen sind, müssen die Stadt Berlin aufs schwerste schädigen. Ganz abgesehen von der materiellen Ersatzpflicht der Stadtgemeinde für die bei den Unruhen entstandenen Schäden wird dadurch das Ansehen der Stadt beeinträchtigt und ihr ohnehin durch die allgemeine Lage geschädigtes Wirtschaftsleben schwer bedroht. Wir fragen daher den Magistrat, welche Maßnahmen er für die Zukunft zu treffen gedenkt, um in Gemeinschaft mit den zuständigen staatlichen Behörden eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern und den Einwohnern und Besuchern den Schutz zu gewähren, auf den sie Anspruch haben.

*

Über die Haltung der verschiedenen jüdischen Instanzen und Organisationen schreibt die „Jüdische Rundschau":

Am wesentlichsten bei der Beurteilung des ganzen Komplexes ist die

Haltung der jüdischen Öffentlichkeit

und vor allem der jüdischen Körperschaften. Vor einigen Wochen gab es in der Repräsentanten-Versammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde auf Grund einer Anfrage der Jüdischen Volkspartei eine ausführliche Debatte, ob der Vorstand die Entwicklung der politischen Vorgänge in Deutschland, soweit sich diese auf Juden beziehen, verfolge, und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke. Jene Anfrage ist mit Bedacht gestellt worden. Der Vorstand und die Repräsentanten-Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, d. h. die liberale Majorität in beiden Gremien, lehnten es entschieden ab, in eine Behandlung dieser Materie einzugehen. Höhnisch fragten die Wortführer der Liberalen, ob es in den Umkreis der „rein religiösen Aufgaben" der Jüdischen Gemeinde falle, sich mit „politischen Belangen" zu beschäftigen. Die Vorgänge am ersten Rosch-Haschanah-Tage zeigten, wie berechtigt die Aktion der Jüdischen Vokspartei war. Oder soll es wirklich die einzige Maßnahme der zentralen jüdischen Körperschaft in Berlin sein, am zweiten Rosch-Haschanah-Tage, wie es in einigen Betstätten geschah, die Besucher auffordern zu lassen, sie mögen aus den Bethäusern unauffällig nach Hause gehen und sich nicht in Gruppen auf der Straße aufhalten? Dieses ist im Berliner Westen geschehen. Die betreffenden Rabbiner brachten diese Wünsche namens des „Vorstandes" zum

Ausdruck. Es ist nicht klar, ob es sich um die Synagogenvorstände oder um den Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde handelt. Jedenfalls hat man diese Ermahnungen einen Tag nach den Vorkommnissen auf dem Kurfürstendamm in Berliner Betstätten zu hören bekommen. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Mehrzahl der so „belehrten" Synagogenbesucher, die ja ihrer religiösen Richtung nach liberal sind, darüber empört war. Besonders in den Kreisen der jüdischen Jugend ist die Entrüstung über die Haltung des Gemeindevorstandes außerordentlich groß. Es wird von der jüdischen Öffentlichkeit mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden, daß die Jüdische Volkspartei gemeinsam mit dem Vertreter der Poale Zion, Dr. Oscar Cohn, die

Einberufung der Gemeinderepräsentanz

beantragt hat. Die Sitzung soll am 19. September, 8.15 Uhr, stattfinden und als einzigen Punkt eine Anfrage behandeln, welche Maßnahmen der Gemeindevorstand aus Anlaß der Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm getroffen hat, um eine Wiederholung zu vermeiden und die jüdischen Bewohner Berlins zu schützen.

Wie der JTA. seitens der liberalen Fraktion der Berliner Gemeinde bekanntgegeben wird, hat sich diese in einer Fraktionssitzung, wohl im Zusammenhang mit dem bekannt gewordenen Schritte der Jüdischen Volkspartei, gleichfalls mit den Vorgängen am ersten Rosch-Haschanah-Tage beschäftigt. Die liberale Fraktion kündigt eine Anfrage an den Gemeindevorstand an, was dieser in der Angelegenheit unternommen hat. Es ist erfreulich, daß unter dem Eindruck des die jüdische Öffentlichkeit aufwühlenden Geschehens die Liberalen entgegen ihren früheren Erklärungen in der Repräsentanz sich nunmehr entschlossen haben, eine „politische" Aktion zu unternehmen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die liberale Fraktion sich auch aus dem Grunde zur Einbringung ihrer Anfrage entschlossen hat, weil mittlerweile zur Besprechung der C.-V.-Leitung im Preußischen Innenministerium auch der Gemeindevorsitzende Dr. Kleemann herangezogen wurde. Diese Besprechung fand — einem Communiqué des C.-V. zufolge — am 15. d. M. mit den Vertretern des beurlaubten Minister Severing, Staatssekretär Dr. Abegg und Ministerialdirektor Dr. Klausner, statt. Die Syndici des Centralvereins, Dr. Wiener und Dr. Reichmann, waren schon tags vorher, am 14. September, im Berliner Polizeipräsidium erschienen und hatten eine Besprechung mit Grzesinski und Polizeivizepräsident Dr. Weiß abgehalten. Das Polizeipräsidium nahm die von der Presse wegen verspäteten und unzureichenden Eingreifens angegriffene Polizeimannschaft in Schutz, betonte daß die Aktion der Nationalsozialisten überraschend gekommen sei und versprach Maßnahmen zur Verhütung der Wiederholung derartiger Ausschreitungen. Der Streit, ob es sich um einen von langer oder kurzer Hand vorbereiteten Überfall gehandelt hat, ist müßig. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Aktion der Hakenkreuzler alle Merkmale planmäßiger Organisierung trug. Die „Aktion" der Nazis spielte sich in militärischen Formen ab. Kommandanten erteilten Befehle, nahmen Meldungen entgegen, feuerten die Mannen an und spendeten Lob. Es scheint uns, daß es zumindest voreilig war, wenn der C.-V. im Wege der JTA. sich die Auffassung der Polizei zu eigen macht, es hätte sich um eine spontane Aktion gehandelt, und die Haltung der Polizei sei nach keiner Richtung hin angreifbar. Wir haben auf Grund eigener Wahrnehmung festgestellt, daß die Polizei nach ihrem Erscheinen energisch durchzugreifen versuchte, daß sie aber zu spät und zunächst mit zu schwachen Kräften auf dem Plane erschienen ist.

Die Beunruhigung in allen jüdischen Kreisen ist begreiflicherweise außerordentlich groß. Man betrachtet mit Recht diesen Zwischenfall als ein sehr ernstes Symptom für die heutige Lage der Juden in Deutschland. In einer solchen Situation müßten jüdische Organisationen sich hüten, aus einem gewiß begreiflichen Bedürfnis, ihren Mitgliedern den Beweis für ihre Rührigkeit zu erbringen, Mitteilungen auszugeben, die wie eine Beschwichtigung wirken könnten. Die Ergebnisse der Bemühungen des C.-V. scheinen sehr dürftig gewesen zu sein, verbindliche Erklärungen sind von keiner maßgebenden Seite erzielt worden. Dagegen hat eine amtliche Stelle den Vertretern des C.-V. Ratschläge über die Art und Weise gegeben, wie Juden sich an ihren Feiertagen kleiden und benehmen sollen. Wir glauben nicht, daß die zustimmende Entgegennahme solcher Ratschläge eine sehr wirksame Art der Vertretung jüdischer Interessen ist. Alle Erfahrungen weisen darauf hin, daß in einer solchen Sache die Möglichkeit eines Erfolges größer gewesen wäre, wenn eine legitimierte Gesamtvertretung des deutschen Judentums in Aktion hätte treten können. Wir haben — auch aus zahlreichen Zuschriften an unsere Zeitung — feststellen können, daß die Erregung und das Gefühl der Unsicherheit in zahlreichen jüdischen Kreisen den Gedanken geweckt hat, daß etwas Durchgreifendes geschehen müsse und daß einzelne Gruppen auch auf eigene Initiative handeln wollen. Dadurch wird aber die Schlagkraft der jüdischen Selbstverteidigungsmaßnahmen zersplittert. Dies kann nur vermieden werden, wenn die zentralen jüdischen Körperschaften ihre Pflicht erfüllen und als Wortführer und Sachwalter der in ihr organischen jüdischen Gesamtheit auftreten.

*

Die Anfrage der Jüdischen Volkspartei an den Gemeindevorstand lautet:

„Am Rosch-Haschanah-Tage ist es im Berliner Westen zu pogromartigen Ausschreitungen gegen jüdische Straßenpassanten gekommen. Nationalsozialistischer Mob riegelte ganze Straßenzüge ab, hieb auf die jüdischen oder jüdisch aussehenden Spaziergänger, die zum Teil aus dem Gotteshause kamen, in rohester Weise ein, schlug sie zu Boden, trat sie mit Füßen und beschimpfte sie und die jüdische Allgemeinheit in unflätigster Weise. Das ganze erwies sich deutlich als eine von langer Hand vorbereitete Aktion.

Wir fragen den Gemeindevorstand,

was hat er selbst und in Gemeinschaft mit den in Betracht kommenden Stellen getan, um der jüdischen Bevölkerung Berlins die Freiheit der Religionsübung und den Schutz von Leben und Gesundheit zu sichern?"

Berlin, den 14. September 1931.

Nationalsozialistische Ausschreitungen auch im Reich

Berlin, 18. September. (JTA.) Aus den letzten Wochen wird über eine Reihe nationalsozialistischer Roheitsakte im Reich berichtet:

Im Rathauscafé zu Elbing veranstalteten Hakenkreuzler einen Roheitsexzeß und warfen mit Biergläsern nach jüdischen Gästen, wobei sich der Elbinger Nationalsozialist Jakobus besonders hervortat. Als der jüdische Kaufmann Alfred Simonsohn, der auch im Café gewesen war, sich auf dem Wege zu seiner Wohnung befand, wurde er von einer Gruppe von fünf jungen Leuten überholt, unter denen Jakobus, der bekannte S.-A.-Führer Schwolow und der Nationalsozialist Rogalsky waren. Im Vorbeigehen schlug Jakobus dem Simonsohn mit einem Stock derart ins Gesicht, daß das Nasenbein zertrümmert wurde und der Geschlagene mehrere Tage lang bei hohem Fieber und der Gefahr einer Hirnhautentzündung zwischen Tod und Leben schwebte. Die Knochen der Nase waren zum Teil herausgesplittert und die Nase ist jetzt völlig verunstaltet.

Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt gegen Jakobus ein Jahr Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung. Das Gericht verurteilte Jakobus zu fünf Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens.

In der Kaiserstraße zu Königsberg wurden acht Angehörige des jüdischen Turn- und Sportvereins „Bar-Kochba", fast ausschließlich Schüler, von Nationalsozialisten, die aus einer Versammlung kamen, in der Dunkelheit überfallen. Die Täter konnten noch nicht festgestellt werden.

Als kürzlich in Lyck ein jüdischer Kaufmann, der aus Nahrungssorgen seinem Leben ein Ende gemacht hatte, beigesetzt wurde, stellten antisemitische Kreise in unmittelbarer Nähe des Trauerzuges eine Tafel mit der Inschrift auf, „So wird's Euch allen ergehen!" Die nationalsozialistische Ortsgruppe versuchte die Schuld auf Anhänger des Tannenberg-Bundes abzuschieben. Der Oberstaatsanwalt in Lyck hat gegen den Plakatträger und die Hintermänner Strafverfahren eingeleitet.

In Lyck wird gegen die jüdischen Geschäftsinhaber in stärkster Weise Boykott propagiert; Zettelverteiler stellten sich an den Markttagen vor den jüdischen Geschäften auf. Als verantwortlicher Herausgeber waren auf den Boykottzetteln die überhaupt nicht bestehenden Organisationen „Deutscher Volksdienst" und „Deutsche Aufklärungsgemeinde" angegeben. Der Regierungspräsident in Allenstein verbot diese Zettel auf Grund der Pressenotverordnung, nachdem die Polizeiverwaltung ihrerseits ein Verbot abgelehnt hatte. Wie sich herausstellte, haben die nichtjüdischen Geschäftsleute lediglich aus Konkurrenzgründen diese Boykottagitation finanziert. Es ist gegen sie Strafanzeige wegen unlauteren Wettbewerbs erstattet worden. Der Regierungspräsident in Allenstein hat sich auf Grund dieser Vorgänge veranlaßt gesehen, einen Sonderkommissar zur Untersuchung nach Lyck zu entsenden.

In Neumagen an der Mosel wurde der jüdische Friedhof von bisher unbekannten Tätern heimgesucht. Zehn Grabsteine wurden umgeworfen und vier stark beschädigt.

In der Nacht zum Freitag, den 11. September, haben Friedhofschänder den jüdischen Friedhof an der Beckumstraße in Wickede (Westfalen) heimgesucht. Die Täter haben zwei Denksteine auf Kindergräbern umgerissen, einen von diesen schleppten sie aus dem Friedhof heraus und warfen ihn in die Straßenböschung. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. Es sind dies die 105. und 106. Friedhofschändung.

Das Jahr 5691

Von S. Picker

(Schluß.)

In einer Periode der trostlosen Wirtschaftsmisere, in einer düsteren Übergangszeit für den Zionismus, ist es kein Wunder, daß die Position der Zionisten in vielen Ländern erschüttert wurde. Die polnische Regierung, wohl die am wenigsten antisemitische seit Bestand der Republik, unterdrückte, soweit sie konnte, die jüdisch-nationale Landespolitik. Indem sie die Agada zu fördern suchte, ließ sie bei den Sejm-Wahlen die nationaljüdische Vertretung auf ein Minimum zusammenschrumpfen. Mit nicht soviel Glück versuchte die Regierung durch künstliche Mittel den zumeist ausschlaggebenden Einfluß der Zionisten in den jüdischen Gemeinden zu verhindern. In Warschau und Lodz gelang dies jedoch. Auch ohne solche äußere Momente gelang es den Assimilanten, in Berlin wieder die Oberhand zu gewinnen. Im Gegensatz zu dieser Erscheinung glückte im verflossenen Jahre in Rumänien die erste Probe der Vereinigung von Juden aller Reichsteile für die Parlamentswahlen; fünf Deputiertenmandate waren der Erfolg. In der Tschechoslowakei, wo die jüdische parlamentarische Repräsentanz zum erstenmal zustande gekommen war, wurde nun eine einheitliche jüdische Partei ins Leben gerufen. Leider verstarb der eine der Abgeordneten, der Präses der Prager jüdischen Gemeinde, Dr. Singer. In Österreich hingegen proklamierten die Zionisten, entgegen früherer Gepflogenheit eine Absage an die Landespolitik. Spanien gab nach seiner Umwandlung in eine demokratische Republik dem Judentum Zeichen des Willens zur Wiedergutmachung des an Juden begangenen historischen Verbrechens. Italien gewährte den Juden eine neue Gemeindeverfassung.

Von anderen positiven Geschehnissen im Judentum oder für das Judentum im Laufe des Jahres sind zu erwähnen: die Abhaltung einer Weltkonferenz für hebräische Kultur in Berlin, die Nyoner Konferenz von Vertretern jüdischer und nichtjüdischer Studenten zwecks Verständigung, die Weltkonferenz jüdischer Pfadfinder, die erste Konferenz der revisionistischen Jugend, ferner die Veranstaltung eines zentralen jüdischen Sporttreffens in Antwerpen, wie auch die Vorbereitung einer Makkabiade für das kommende Jahr. An der internationalen Arbeiterolympiade in Wien beteiligten sich auch Vertreter des jüdischen Arbeitersportes aus Palästina. Von hohem Wert war die Ventilierung des zionistischen Problems auf dem Wiener Kongreß der Internationale. Eine Institution, der eine große Bedeutung für das jüdische Volk nicht abgesprochen werden kann, der Hilfsverein der deutschen Juden, feierte das dreißigjährige Jubiläum.

Knapp sind die Erinnerungen an erhebende Momente, die in diesem Jahre dem jüdischen Volke beschieden waren. Daß Sokolow ein Siebziger wurde, sollte zwar zum Anlaß einer großen Tat für Erez Israel genommen werden, es blieb jedoch bei einem bloßen Aufruf. Zwei der bedeutendsten Juden, Herbert Samuel und Felix Warburg, wurden Sechziger. In London fand zu Ehren Lloyd George anläßlich der Gründung einer Kolonie auf seinen Namen ein Bankett statt, ein anderes Bankett wurde zu Ehren Cecils arrangiert, wobei neben Weizmann Ormsby Gore, Dr. Shiels und James Rothschild sprachen. In Amerika trat Einstein, der vorher schon in London zusammen mit Bernard Shaw auf einem jüdischen Meeting sprach, für die Erez Israel-Kampagne in die Bresche.

Nun erlitt in diesem Jahre die zentrale schöpferische Tätigkeit des Judentums einen Rückschlag

nicht wegen der außenpolitischen Hindernisse allein. Die Alijah verminderte sich auch aus der Kategorie des kapitalbesitzenden Elementes; aber auch die spärliche Anzahl der Chaluzim-Zertifikate, die nicht lange nach Erscheinen des Weißbuches ausgegeben worden war, konnte infolge Geldmangels nicht ganz ausgenützt werden. Lange nicht so sehr versagte Europa hinsichtlich der Sammlungen für die nationalen Fonds, wie Amerika. Immerhin wurden in Amerika in der Zeit von August 1929 bis Juni 1931 7 331 257 Dollar aufgebracht.

Bei alldem wuchs Erez Israel doch. Der Jischuw blieb unversehrt trotz der im Lande herrschenden Krise, man kann fast sagen, es ging in Palästina den Juden wirtschaftlich besser, als in den meisten jüdischen Weltzentren. Das Aufbauwerk schritt fort. Mancher neue Siedlungspunkt entstand im Laufe des Jahres. In der Industrie, wie in der Landwirtschaft setzte sich der Konsolidierungsprozeß fort. Der Export wuchs, das Defizit der Handelsbilanz verminderte sich. Auch der Keren Kajemeth machte Neuerwerbungen. Das Ruthenbergwerk wurde seiner Vollendung nähergebracht, während die „Pottash Company“ zur Ausbeutung des Toten Meeres ihre Arbeiten begann. Eine neue Methode kleinsiedlerischer Kolonien wurde in Angriff genommen: knapp vor Jahrsende kamen 150 amerikanische Juden mit kleinen Vermögen von zusammen anderthalb Millionen Dollars nach Palästina, um dort eine kleinsiedlerische Existenz zu suchen. In diesem Jahre wurde die Konzession an die „Irak-Petroleum-Company“ für die Durchführung der Röhrenleitung über die Haifa-Akko-Linie erteilt. Die Shell-Company und andere errichteten bedeutende Tankanlagen für die Ansammlung des durch das Land zu führendn Öles. Die Regierung bewerkstelligte neben dem großen Hafenbau bedeutsame öffentliche Arbeiten, darunter den Bau des Rockefeller-Museums, wobei aber nur eine kleine Zahl von jüdischen Arbeitern Beschäftigung fand. Dennoch entstand keine empfindliche jüdische Arbeitslosigkeit. — Ein Guerillakrieg wurde von den Arabern gegen den Jischuw fortgeführt, der manche Opfer erforderte. Im Zeichen einer Kampagne für die Islamisierung Palästinas stand die Überführung der Leiche des in London verstorbenen indisch-mohammedanischen Führers Mohamed Ali nach Erez Israel und dessen Beisetzung in der Omar Moschee. Einen Sukkurs erhielt der arabische Antizionismus durch den Besuch Schaukat Alis, des Bruders des verstorbenen Mohamed Alis. Arabische Überfälle wußte die Regierung zu verhindern. Der arabische Judenboykott ist mißlungen, wie auch die jüngsten Versuche, am 15. August zu demonstrieren und am 23. desselben Monats einen Generalstreik durchzuführen. Die Araber lehnten nun die Mitarbeit mit dem Landentwicklungskommissär ab. Zur bevorstehenden Volkszählung amnestierte die Regierung alle illegal Eingewanderten. Im Jischuw vollzog sich im letzten Jahre die langersehnte Konstituierung der Knesset Jisrael. Bei den Wahlen zu dieser Körperschaft erlangten die Revisionisten von 47 Mandaten 16, die organisierte Arbeiterschaft jedoch 31, welches Verhältnis bei den Kongreßwahlen sich noch weiter zugunsten der Arbeiterschaft verschob. Weizmanns Anwesenheit im Lande versetzte die Arbeiterschaft in eine Feststimmung und bedeutete auch für manche andere Teile des Jischuw eine Erhebung mitten in tiefer Besorgnis. Inzwischen bereitete sich ein Personenwechsel an den wichtigsten Regierungsstellen vor, dessen endgültiger Vollzug erst ein Urteil über die Folgen erlauben wird.

Schwer litt in diesem Katastrophenjahr besonders die zionistische Organisation. Zunächst wütete der Todesengel unter den Großen. Waren schon Balfour und Marshall gerade im Moment niederschmetternder Bedrängnis dahingegangen, so wurden auch unverhofft Lord Melchett und später Lee K. Frankel und auch ein großzügiger Förderer Erez Israels, Nassatissin, dahingerafft. Der 83jährige Philantrop Nathan Strauß ist gestorben. — Die zionistische Organisation aber bot ein Bild innerer Zerrissenheit, die allein schon, auch ohne äußere Faktoren, zum Verhängnis werden konnte. Als Weizmann im August 1930 in Berlin gegen die Formel eines Judenstaates sich äußerte, gelang es dennoch, eine Versöhnung mit ihm herbeizuführen. Seine politischen Schritte während der katastrophalen Krise billigte auch die Opposition der Radikalen, indem sie an der politischen Kommission, die mit der Regierung verhandelte, teilnahm. Der Revisionismus hingegen entfaltete eine heftige Propaganda gegen alles, was die Leitung unternahm. Es gelang den Revisionisten, zum XVII. Zionistenkongreß ein Fünftel aller Delelierten zu entsenden, während der noch stärkere Arbeiterflügel sowie der kleinere Teil der allgemeinen Zionisten (Gruppe A) für Weizmann und sein System vorbehaltlos eintraten. Der geschwächte Misrachi sowie die zusammengeschrumpfte radikale Gruppe waren gegen Weizmann; der stärkere Teil der allgemeinen Zionisten (Gruppe B) spielte eine ausschlaggebende Rolle. Ein Schiboleth der Revisionisten war der Ersatz des Basler Programmes durch die Judenstaatsformel. Die schließlich beschlossene Endzielresolution befriedigte jedoch die Revisionisten nicht. Weizmanns Interview, worin er sich gegen die Forderung einer jüdischen Mehrheit aussprach, fand den Widerspruch der Mehrheit des Kongresses. Sokolow wurde Präsident der zionistischen Organisation und der Jewish Agency und die Exekutive wurde durch eine Koalition mit Ausschluß der Revisionisten gebildet.

Zu Ende des Jahres ist der Bericht der Junitagung der Mandatskommission erschienen, der neuerlich von einer kritischen Einstellung der Kommissionsmitglieder gegen die Beziehung Englands zu Erez Israel zeugt. Die Ablösung des englischen Kabinetts durch die nationale Regierung am Ende unseres Jahres, in der nicht nur die prozionistischen Juden Herbert Samuel und Reading, sondern auch andere Freunde sitzen, muß als günstiges Omen registriert werden. Möge das neue Jahr mit Segen beginnen!

Aus der jüdischen Welt

Nazi-Überfall auf jüdische Schüler am Viktoria-Luise-Platz

Berlin, 22. September. (JTA.) Am vergangenen Sonnabend nachmittag wurden drei jüdische Schüler im Alter von 17 Jahren am Viktoria-Luise-Platz in Schöneberg von zwei Nationalsozialisten angerempelt und verprügelt. Die Polizei nahm die beiden Täter fest und führte sie der Abteilung IA zu.

Hamburger Bürgerschaftswahlen am zweiten Sukkoth-Tag

Etwa 3000 jüdische Wähler werden der Urne fernbleiben

Hamburg, 16. September. (JTA.) Die diesjährigen Hamburger Bürgerschaftswahlen sind vom Senat auf den 27. September, den zweiten Tag des Laubhüttenfestes, angesetzt worden. Es werden so schätzungsweise dreitausend jüdische Wähler, die aus religiösen Gründen an diesem Tage nicht schreiben, der Urne fernbleiben müssen.

Versuche der Hamburger jüdischen Gemeinde, den Wahltermin verschieben zu lassen, Eingaben

republikanischer Parteien, die diese Bemühungen unterstützen sollten, sind ohne Erfolg geblieben. Der Senat ist aus technischen Gründen an den einmal festgelegten Termin gebunden und glaubt, eine Verlängerung der Wahlzeit über 6 Uhr abends hinaus, die Einrichtung eines besonderen, einige Tage vorher geöffneten Wahlbüros und ähnliches würde eine Gesetzesveränderung bedeuten, die er nicht vornehmen darf.

Auf Wahlversammlungen und in der Lokalpresse wird die Angelegenheit überaus lebhaft besprochen, eine sozialdemokratische speziell für jüdische Wähler einberufene Kundgebung gab die Initiative zu einer an das Hamburger Oberrabbinat offiziell gerichteten Anfrage, die das Rabbinat darum ersucht, einen „Dispens" vom Schreibverbot zu erteilen. Ein solcher Dispens wird selbstverständlich nicht erteilt werden.

Nachdem alle Einigungsversuche gescheitert sind und auch die letzten Vorschläge zu gewissen Erleichterungen der Wahlteilnahme für jüdische Bürger vom Senat rundweg abgelehnt wurden, rechnet man in informierten Kreisen damit, daß die hieran interessierten Parteien aus diesen Vorgängen einen Grund zur nachträglichen Anfechtung der Wahl beim Staatsgerichtshof ableiten werden.

Professor Dr. Julius Hülsen gestorben

Frankfurt a. M., 14. September (JTA.) Im Alter von 59 Jahren verstarb in Frankfurt a. M. an Herzschlag der hervorragende Kunsthistoriker Professor Dr. Julius Hülsen, einer der besten Kenner der Architektur Frankfurts. Einen großen Teil seiner Kräfte widmete er der jüdischen Kunst und Wissenschaft, sowie der jüdischen Erziehung und Volksbildung. Er war der Konservator des alten jüdischen Gemeindefriedhofes. Zuletzt lehrte er an der Darmstädter Technischen Hochschule.

1200 Mark Geldstrafe für Münchmeyer

Liegnitz, 20. September. (JTA.) Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und frühere Borkum-Pfarrer Münchmeyer wurde vom Berufungsgericht in Liegnitz wegen des in einer Versammlung gebrauchten Ausdrucks „Judenrepublik" zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Synagogenentweihung im Freistaat Danzig

Danzig, 15. September. (JTA.) Am Freitag spät abends, am ersten Abend des Rosch-Haschanah-Festes, wurde in die Synagoge von Tiegenhoff im Freistaat Danzig eingebrochen. Die Thora-Lade wurde von den Einbrechern zertrümmert, die gesamte Inneneinrichtung der Synagoge demoliert. An die Thora-Lade und die Wände der Synagoge waren kommunistische Parolen in roter Ölfarbe gemalt. Die Polizei forscht nach den bisher noch unbekannten Tätern.

Zwei jüdische Rectores Magnifici in Holland

Amsterdam, 16. September. (JTA.) Für das neue Universitätsjahr wurden in Holland zwei hervorragende jüdische Gelehrte als Rectores Magnifici gewählt: Professor Dr. E. S. Ornstein wurde zum Rektor der Staatsuniversität in Utrecht und Professor Dr. N. J. Polak zum Rektor der Holländischen Handelsuniversität in Rotterdam gewählt.

Palästina-Aussprache in der Politischen Kommission des Völkerbundes

Genf, 17. September. (JTA.) Die Sechste (Politische) Kommission des Völkerbundes hat gestern die Aussprache über die Minderheitenfragen, in deren Mittelpunkt die große für stärkeren Schutz der Minderheitenbelange eintretende Rede des deutschen Ministers des Auswärtigen Dr. Curtius gestanden hat, beendet und ist heute in die Beratung der Frage der zeitlichen Abgrenzung der Mandate eingetreten. Hierbei kam es zu einer eingehenden Aussprache über Palästina.

Der Berichterstatter Lange, Norwegen, hielt eine große Rede, die in der Forderung gipfelte, **daß der Völkerbund die Politik der Errichtung des Jüdischen Nationalheims in Palästina nochmals in autoritativer Weise dokumentieren solle.** Nachdem er einen eingehenden Überblick über die Lage in Palästina gegeben hatte, kam Lange zu dem Schlusse, daß Palästina dank der außergewöhnlichen Opferbereitschaft der Juden aufgebaut wird. Die Juden der ganzen Welt, sagte er, sehen in Palästina Ziel und Zentrum ihrer Hoffnung; für sie bedeutet es eine tiefe Genugtuung und es ist Sache ihrer persönlichen Würde, daß das Land, aus dem sie stammen, wiederum als ihr nationales Heim aufgebaut wird. Lange erinnerte an das böse Echo, das das Paßfield-Weißbuch auf dem Zionistenkongreß in Basel geweckt hatte, und schilderte das traurige Leben der Millionen Juden in Europa, die dem Proletariat oder dem armen Mittelstand angehören und unter äußerst schwierigen materiellen Verhältnissen leben. Wenn diese Millionen Menschen, sagte Lange, des Elements der Würde beraubt werden, das Palästina ihnen gibt, wird dies das soziale Unbehagen in der Welt, das die gegenwärtige Epoche charakterisiert, nur vermehren und die soziale Frage komplizieren. Lange betonte zum Schluß, daß es notwendig sei, die Existenz des jüdischen Nationalheims in Palästina durch den Völkerbund zu garantieren und die Position der jüdischen Minderheit in Palästina in jeder Weise zu sichern.

Die Fortsetzung der Palästina-Aussprache wurde auf den 18. September vertagt.

Wird Paßfields Palästina-Bodenverordnung fallen gelassen?

London, 17. September. (JTA.) Wie die jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, soll die neue Nationale Regierung in England die Absicht haben, die vom früheren Kolonialminister Lord Paßfield ausgearbeitete und zur Veröffentlichung am 20. August — dann unter dem Druck der Baseler Tagung der Jewish Agency zur Veröffentlichung am 7. September — bestimmte Palästina - Bodenverordnung nunmehr ganz fallen zu lassen. Man weiß jetzt, daß betreffend dieser Verordnung ein Kampf hinter den Kulissen geführt wurde, und wäre nicht ein plötzlicher Regierungswechsel eingetreten, der das Ausscheiden Lord Paßfields aus dem Kabinett mit sich brachte, so wäre diese Verordnung bereits in Wirksamkeit und die Jewish Agency wäre vor neue große Schwierigkeiten gestellt worden. Paßfield, der vor dem Sturz der Arbeiterregierung den Finanzminister Snowden in der Frage der Zolltarife unentwegt unterstützt hatte, wodurch er seine eigene Position und seinen Einfluß im Kabinett befestigte, glaubte, er werde sich mit seiner Palästinapolitik gegen die Opposition der übrigen Kabinettsmitglieder durchsetzen können, und war entschlossen, die Palästina-Bodenverordnung jedenfalls in Wirksamkeit treten zu lassen. Der bisherige High Commissioner für Palästina, Sir John Chancellor, der inzwischen in London eingetroffen war, unterstützte die Paßfield-Verordnung und bestand darauf, daß keine ändernden Bestimmungen nachträglich in die Verordnung aufgenommen werden. Sein Standpunkt war, daß jetzt, nachdem der Landentwicklungsdirektor French sein Amt angetreten habe, ungesäumt die Verord-

nung veröffentlicht werden müsse. Chancellor konnte aber mit seiner Ansicht nicht durchdringen. Die Veröffentlichung der Bodenverordnung erfolgte nicht. Der Züricher Beschluß der Zionistischen Exekutive, die Verordnung in ihrer jetzigen Form nachdrücklich abzulehnen, war nicht ohne Wirkung geblieben.

Was die Haltung der neuen Regierung in der Frage der Landentwicklung Palästinas im allgemeinen betrifft, so wäre es vielleicht ungerechtfertigt, auf die Möglichkeit einer sofortigen und radikalen Änderung der offiziellen Palästinapolitik allzu große Hoffnungen zu setzen. Paßfield ist in der Durchführung seiner Pläne zu weit fortgeschritten, als daß ein völliger Rückzug in der Palästinapraxis durch das neue Kabinett wahrscheinlich wäre. Immerhin dürfen einige wesentliche Änderungen im Landentwicklungsplan bestimmt erwartet werden. Heute steht die Frage so: wird die neue Regierung im Hinblick auf die Finanzkrise die Durchführung des Landentwicklungsplanes hinausschieben oder gar den Plan ganz fallen lassen? Mit den eigentlichen finanziellen Schwierigkeiten der Regierung hat die Frage der Landentwicklung nicht direkt zu tun, da die zur Landentwicklung notwendigen Summen nicht aus Regierungsfonds, sondern aus den Mitteln einer von der Regierung zu garantierenden Anleihe genommen werden sollen.

Vorstellungen bei der englischen Regierung

London, 15. September. (JTA.) Die Zionistische Exekutive hat in der letzten Zeit bei der neuen Nationalen englischen Regierung Vorstellungen betreffend wichtige palästinensische Angelegenheiten erhoben und hierbei Dr. Weizmann, der für einige Tage nach London gekommen war, zu Rate gezogen. Weizmann hat sich hernach zur Fortsetzung seiner Kur nach Italien zurückbegeben.

Nahum Sokolow und Leo Motzkin, die als Vertreter der jüdischen Minderheiten an dem jüngsten Genfer Minderheitenkongreß hätten teilnehmen sollen, haben ihre Mandate nicht ausüben können, da sie sich wichtiger zionistischer Tätigkeit widmen mußten. Motzkin mußte zum Teil auch aus Gesundheitsrücksichten den Genfer Beratungen fernbleiben.

Kolonienminister Thomas lehnt ein Palästina-Wiedereinreisegesuch Jabotinskys ab

London, 16. September. (JTA.) Der Führer der Zionisten-Revisionisten, Wladimir Jabotinsky, dem die Wiedereinreise in Palästina nach den Palästinaunruhen im Herbst 1929 vom damaligen Kolonienminister Paßfield verboten worden war, hat nach Bildung der Nationalen Regierung in England an den Kolonialminister Thomas das Ansuchen gerichtet, ihm die Wiedereinreise nach Palästina zu gestatten. Thomas hat dieses Gesuch abgelehnt.

Tschecho-Juden und Jewish Agency

Prag, 14. September. (JTA.) Die in Pardubitz abgehaltene Konferenz des Verbandes der Tschecho-Juden befaßte sich in der Hauptsache mit der Frage der Teilnahme der tschechisch-nationalen Juden an der Jewish Agency. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die den Mitgliedern des Verbandes freie Hand läßt.

Die Resolution lautet: Die Manifestationskonferenz der Tschecho-Juden stellt fest, daß die Institutionen der Jewish Agency in ihrer heutigen Gestalt vom Standpunkt der tschechojüdischen Ideologie nicht akzeptabel seien, verwehrt aber mit Rücksicht auf die Vielgestaltigkeit des Problems und der gegebenen Möglichkeiten einer Entwicklung den einzelnen Mitgliedern nicht die Mitarbeit an ihren Institutionen.

Brünner Jüdische Gemeinde verklagt eine antisemitische Zeitung

Prag, 16. September. (JTA.) Die jüdische Gemeinde Brünn hat, auf Grund eines Beschlusses ihrer Rechtssektion durch ihren Anwalt, Dr. Adolf Grünfeld, die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die in Brünn erscheinende Zeitschrift „Zub" (Der Zahn) wegen Beleidigung einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft erhoben. Die genannte Zeitschrift schrieb: „Dem Juden erlauben Religion, Moral und Gewissen nicht nur, sondern sie gebieten ihm geradezu jede Lumperei am Andersgläubigen, selbst wenn es Mord wäre. Diese furchtbaren Gesetze der Juden sind heute schon unwiderleglich als die Grundlage des jüdischen Glaubens nachgewiesen." Die jüdische Gemeinde Brünn wird die Einstellung des Blattes fordern.

Lektorat für hebräische Sprache an der Wilnaer Universität

Wilna, 17. September. (JTA.) An der Universität in Wilna wurde ein Lektorat für hebräische Sprache eingerichtet. Vorlesungen und Übungen in diesem Lektorat finden schon im Laufe dieses Semesters statt.

Fortdauer der antisemitischen Hetze in Bulgarien

Sofia, 4. September (JTA.) Die antisemitische Hetze in Bulgarien dauert an. In Sofia und in der Provinz wird gegenwärtig in Massen eine Flugschrift verbreitet, die den Titel: „Eine Weltverschwörung" trägt und die Legende über die Weisen von Zion aufwirft. Es wird in ihr behauptet, daß die Juden nach der Weltherrschaft streben und an allem Unglück in der Welt die Schuld tragen. Die Bevölkerung wird zur Bekämpfung der „satanischen" Pläne des Weltjudentums und des jüdischen „Weltsynhedrions", sowie zur vollständigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykottierung der Juden aufgerufen. Das Zentralkonsistorium der jüdischen Gemeinden Bulgariens wird bei den zuständigen Regierungsstellen wegen der Fortdauer der Judenhetze vorstellig werden und die Einziehung der erwähnten Hetzschrift fordern.

Moskauer Synagogen überfüllt

Moskau, 14. September. (JTA.) An den Rosch Haschana-Tagen waren die Abend- und Morgenandachten in den Moskauer Synagogen stark überfüllt. Infolge der ungenügenden Zahl der Synagogen mußten überall doppelte Gottesdienstschichten eingerichtet werden. Die große Mehrheit der Synagogenbesucher bestand aus älteren Leuten oder Personen in mittlerem Alter, die von den Atheisten-Brigaden scharf überwachte Jugend hatte sich nur spärlich eingefunden.

Gleichzeitig mit den Andachten in den Synagogen fanden in mehreren Moskauer Fabriken und Arbeiterklubs antireligiöse Manifestationen statt, die aber schwach besucht waren, insgesamt hatten sich an allen diesen Versammlungen nicht ganz 5000 Personen beteiligt.

Die Atheisten-Brigaden aus Moskau und aus der Provinz melden dem Atheisten-Hauptquartier, daß die arme jüdische Bevölkerung sich der antireligiösen Propaganda schwer zugänglich zeigt.

250 000 Pfund Keren Hajessod-Eingänge in elf Monaten

Jerusalem, 15. September. (JTA.) Vom Hauptbüro des Keren Hajessod in Jerusalem wird mitgeteilt, daß vom 1. Oktober 1930 bis Ende August 1931 rund 250 000 Pfund, darunter 85 000 Pfund aus den Vereinigten Staaten, für den Keren Hajessod eingegangen sind.

Gute Prognose für Weizmanns Südamerikareise

Jerusalem, 15. September. (JTA.) Das Büro der Jewish Agency in Jerusalem hat soeben aus Südafrika eine Summe von 7000 Pfund erhalten als Vorschuß auf den Ertrag der dortigen Winterkampagne für den Keren Hajessod, die bekanntlich vom früheren Präsidenten der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, geleitet werden wird.

Zehntausend Dunam neue Orangen-Plantagen in Palästina

Jerusalem, 13. September. (JTA.) Wie die Exekutive der Jewish Agency mitteilt, wurden im vorgangenen Jahre in Palästina von jüdischen Pflanzern 10 000 Dunam Boden neu mit Orangen bepflanzt.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe München. Der auch als jüdischer Politiker und Publizist in weiten Kreisen bekannte Ministerialrat Hans Goslar, der Pressechef des preußischen Innenministeriums wird am Dienstag, 29. September, abends halb 9 Uhr, im Kunstgewerbesaal, Pfandhausstraße 7, einen von der Zionistischen Ortsgruppe veranstalteten Vortrag über: „Das deutsche Judentum in der politischen und wirtschaftlichen Krise“ halten. Herr Goslar hat durch seine Betätigung den denkbar besten Einblick in die deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und er ist immer ein überzeugter und selbstbewußter Jude gewesen; niemand sollte es versäumen die Gedanken dieses Mannes über die aktuellen Nöte des deutschen Judentums kennen zu lernen.

Im Jungzionistischen Arbeitskreis sprach Dr. Erich Deutsch aus Haifa, der sich zu einem Besuch in München befindet. Der Vortragende, der seit längerer Zeit in Palästina als Tierarzt tätig ist, erzählte zunächst von seinem persönlichen Leben und seiner Arbeit im Lande und antwortete dann auf verschiedene einzelne Fragen über die Verhältnisse in Palästina; besonders aufschlußreich waren seine Ausführungen über das Zusammenleben mit den Arabern und die voraussichtliche weitere Entwicklung dieses Problems.

Mit seiner frischen und unmittelbaren Vortragsweise verstand es Herr Dr. Deutsch gut, ein anschauliches Bild vom Leben und den Zuständen in Palästina zu geben. Das starke Interesse und die Aufmerksamkeit der Zuhörer bewies, daß dieser Abend eine wertvolle Ergänzung zu dem überwiegend auf politische Fragen bezogenen Programm des Jungzionistischen Arbeitskreises war.

Jüdischer Jugendverein. Am 1. Oktober findet aus Anlaß des Simchas-Thorafestes im Saale der „Concordia“ (Beginn 20.30 Uhr) ein gemütliches Beisammensein statt. Die Vorbereitung dazu liegt in bewährten Händen, und viele Kräfte sind gewonnen worden, um uns für wenige Stunden den Ernst der Zeit vergessen zu lassen. Nichtmitglieder sind herzlichst willkommen. Eintritt frei.

Hebräsche Sprachkurse. München. In sämtliche bestehende Kurse werden neue Schüler aufgenommen. Erwachsenen und Kindern ist die Möglichkeit geboten die hebräische Sprache und die Grammatik, die alte und die neue hebräische Literatur im Original kennen zu lernen. Der Anfängerkurs findet am Dienstag, 8.45 abends statt, im Raum der hebräischen Sprachkurse, Herzog-Rudolf-Straße 1, Rückgebäude.

Simchat-Thora-Fest der hebräischen Sprachkurse. Die hebräischen Sprachkurse am Simchat-Thora-Ausgang (Sonntag, den 4. Oktober, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1) einen gemütlichen Abend mit Darbietungen, zu dem alle Freunde der hebräischen Kultur herzlichst eingeladen sind. Eintritt frei!

Hebräische Liederstunde, München. Jeden Mittwoch, abends 8.45 Uhr, findet im Raum der hebräischen Sprachkurse eine hebräische Liederstunde statt. Die Lieder werden auch sprachlich erklärt. Die Stunde ist unentgeltlich und für Teilnehmer mit verschiedenen Kenntnissen geeignet. Die Jüdische Jugend wird besonders darauf aufmerksam gemacht.

Jüdische Jugend — lerne hebräisch!

Jüdischer Kindergarten, Herzog-Rudolf-Straße 1/I, Rückgebäude. Am Montag, dem 5. Oktober, morgens 9 Uhr, wird der Kindergarten der Jüdischen Frauengemeinschaft unter Leitung von Frau Henny Reich wieder eröffnet. Der wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, ist das monatliche Entgelt auf 10. RM. festgesetzt und soll von Fall zu Fall noch reduziert werden, soweit es zur Aufrechterhaltung des Kindergartens nur irgend möglich ist. Wir bitten um baldige schriftliche Meldung bei Frau Henny Reich, Schumannstraße2, telephonisch 43 5 60, Dienstags vormittag 10—12 Uhr.

Jüdischer Kindergarten. Wie in früheren Jahren werden wir auch heuer gern unentgeltlich ein junges Mädchen als Helferin heranbilden. Voraussetzung: Liebe zu Kindern, intensive Arbeitsbereitschaft und Zuverlässigkeit.

Schriftliche Meldung erbeten an Frau Henny Reich, Schumannstrae 2.

Palästinaarbeiten. Kinderkleider, Pyjamas, Dekken und reizende kleinere Geschenkartikel in sehr schöner Ausführung sind im Leinenhaus Fraenkel, Theatinerstraße 17, dauernd zum Verkauf ausgestellt.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Verein Bes Jakob dankt Herrn A. Tennenbaum herzlichst für seine hervorragende Leistung an den hohen Feiertagen und für seine Bemühungen für den Verein während des ganzen Jahres, und wünscht ihm und seiner Familie alles Gute für das neue Jahr. RM. 3.—.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 43

vom 15. bis 22. September 1931

Rosch-Haschanah-Glückwunsch-Ablösung 5692

Es gratulieren Freunden, Verwandten und Bekanten.

Gesammelt durch Herrn Max Schneuer: Dr. Spanier 2.—; E. Botie 1.—; M. Bohrer 1.—; M. Berger 1.—; L. Ehrenhaus 1.—; M. Schneuer 1.—; B. Hesky 2.—; E. Hirsch 1.—.

Geleert durch Frl. Lotte Kahn: Bikkard 2.—; S. Schmickler 1.—; Zeilberger —.50.

Durch N. N.: Jakob Feuchtwanger 5.—; Albert Kupfer 3.—.

Durch Herrn L. Schulz: Frau M. Hirsch 3.—; Frau J. Sachs 2.—; N. N. 2.—.

Durch Frl. Klara Schneuer: N. N. 3.—; Dr. A. Kern 2.—; Frau J. Hirsch 1.50; D. Spinner 1.—.

Durch Frau Martha Meyerstein: N. N. 3.—; N. N. 1.—; Dipl.-Ing. Meyerstein 2.—; E. Löwenherz 2.—.

Einzelspenden: M. Eisenkling 1.—; N. N. —.80; N. N. 2.—; Heinrich Katzenel 2.—; Dr. S. Koschland 5.—; J.-R. Dr. E. Fraenkel 5.—; M. Blum 3.—; H. K. 5.—; A. Frieser 3.—; F. R. Ull-

mann 3.—; M. Philipsohn 1.—; Rosi Mendler 1.—; N. N. 1.—; Rosl Jochsberger 5.—.

Kearah-Sammlung für Geulath Haarez der Vereine Linath Hazedek, Agudas Achim und Schomrah Schabbos 16.65 = 98.45.

Goldenes Buch Raphael Hirsch Grünbaum: Es gratulieren Herrn und Frau Grünbaum herzl. zur Bar-Mizwah ihres Sohnes Rafael: Dr. S. Koschland 1.—; M. Stormann und Frau 1.—; J.-R. Dr. Fraenkel 2.—; Herr und Frau Dr. W. Eliasberg 2.—; Familie A. Strumpf 1.—; Familie Josef Schachno 2.—; Herr und Frau Dr. Ettinger 1.—; Familie J. Kluger 1.—; Familie Botie-Glücklich 2.— = 13.—.

Büchsen, geleert durch Frl. Eva Eliasberg: Dr. W. Eliasberg 8.50; Karl Adler 4.06 = 12.36.

Geleert durch Herrn Jackie Renka: Bernhard Lustig 5.—; M. Eisenstädter 5.50; L. Neumayer 1.13; A. Benjamin 1.—; Dr. El. Straus 5.—; L. Haas 1.43; Philip Stern 6.33; 2 Bü unter 1.—, —.33. = 38.08.

Material: Gittler 1 N.-F.-Telegramm 1.—.

Zusammen RM. 150.53.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930 RM. 6488.50.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 22. September 1931

Spendenbuch: Familie Adolf Stein anläßlich der Vermählung ihrer Kinder 20.—; Familie Weilheimer anläßlich der Verlobung ihrer Tochter 10.—; Frl. Rosl Löbenberger anläßlich ihrer Verlobung 5.—.

Allgemeine Spenden: Frau E. dankt Leo Wißmann 1.—.

Bäume für Ruben Jehuda Preuß Garten: Es kondolieren Familie Paul Hamburger herzlich 3.—; Dr. J. Bamberger und Frau ½ Baum 3.—; Karl Chajes ½ Baum 3.—; Dir. Georg Spiro (Augsburg) 5.—; Familie Paul Hamburger dankt für Beileidsbezeugungen 10.—.

Wertzeichen: Dr. Lorch 2 KKL-Telegrammformulare 1.—; L. Gutmann 2 KKL-Telegrammformulare 1.—; Paula Altmann 2 KKL-Telegrammformulare 1.—; Erna Kissinger 1 KKL-Telegrammformular —.50.

Büchsen: Tuchmann 1.—; Rosenthal 1.—; Dr. Landauer 5.30; aus Neustadt a. A. und Uehlfeld 7.95.

Imi-Tasche: Dr. Dankwerth 3.05; Dr. Landauer 1.—.

Rosch-Haschanah-Spenden: Durch Frau Dr. Dankwerth 2. Rate 63.—; (Kommerzienrat Stock 20.—; Schuhhaus Profet, A. Bieringer & Co., Kaufhaus Rupp je 10.—; Gerda Walther, Sigm. Neumark je 5.—; Dr. Heußinger 3.—).

Durch Erna und Lotte Kissinger 64.—. (Dr. Lazarus, M. Kissinger je 10.—; Siegfried Saemann, Dr. Löwenthal, N. N. je 5.—; Weinstock, Dr. Oppenheimer, Sanitätsrat Dr. Strauß, R.-A. Feilchenfeld, Dr. Lang, N. N., N. N. je 3.—; Dr. A. Hirsch, Dr. Krakenberger, N. N. je 2.—; N. N., N. N. je 1.—.

Durch Frau Dr. Kronacher von einer Spielgesellschaft 50.—.

Durch Geschwister Lodner (Fürth) 21.—. (L. Fleischmann, Dreichlinger je 2.—; Dr. Beselau, Ehape, Fisch, Hausmann, Goldmann, Bermann, Schneider, Dr. Walther, Farnbacher, Lodner, N. N. je 1.—; M. Levi, Sulzbacher, Hausmann, Lehmann, Stiefel, Ohel, N. N., N. N., N. N., N. N., N. N., N. N. je —.50.

Durch Gerda Goldberger (Fürth) 10.—. (Dr. Paul Sahlmann 5.—; S. Joel, L. F., N. N., N. N., N. N. je 1.—.)

Rosch-Haschanah-Spenden: Durch Benno Steinwell (Fürth) Teilabrechnung, Ausweis folgt 10.—.

Durch Gisa Berger 13.—. (Ignaz Mayer 10.—; Frau Schwarz, Künstler, Jacoby je 1.—.)

Durch Martin Wollner 2. Rate 9.—. (Wollner, Dir. Falk je 3.—; Lonnerstaedter 2.—; N. N. 1.—.)

Durch Else Berger 3. Rate 8.—. (Weikersheimer 5.—; Dr. Riesenfeld 3.—.)

Durch Regina Rapaport 2. Rate 6.—. (H. Leiter 5.—; Chaim Katz 1.—.)

Durch Frau Dr. Landauer 6.—. (Dr. Landauer 5.—; Helene Bloch 2. Rate 1.—.)

Durch Frau Ellern 5.—. (Löbenberger 2.—; Dr. Falk 1.50; Familie Ellern 1.—; N. N. —.50.)

Durch Leo Wißmann (A. Hänlein, Fürth) 3.—.

Durch Pessie Grünbaum von Elkan 3.—.

Durch Bernhard Fleischmann 3. Rate von Dr. Walther (Fürth) 5.—.

Frau Selma Rindsberg, Herr Max Treu, beide Bayreuth, zusammen 10.—.

Zusammen RM. 365.80.

Seit 1. Oktober 1930 aufgebracht RM. 6165.44.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.